

## **Oberbürgermeisterin Beate Wilding**

### **Rede zur Sitzung des Rates am 10. Dezember 2009**

— Es gilt das gesprochene Wort —

— Sperrfrist: 10.12.2009; 16.15 Uhr —

Sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder,  
sehr geehrte Vertreter der Medien,  
liebe Remscheiderinnen und Remscheider!

In der ersten Sitzung des neuen Rates habe ich die Gelegenheit dazu genutzt, in einer ausführlichen Bestandsaufnahme die Chancen und Herausforderungen für Verwaltung und Rat in den kommenden Jahren zu beschreiben. Dabei habe ich auch die Probleme benannt, die uns in stärker werdendem Maße begleiten werden.

An meine Ausführungen vom 29. Oktober möchte ich heute anknüpfen und Sie über aktuelle Entwicklungen unterrichten.

In einer Woche – am 17. Dezember – werde ich gemeinsam mit meinen Amtskollegen aus den Unterzeichnerstädten des Schuldenmemorandums ein Gespräch mit der Landtagspräsidentin, Frau van Dinther, und dem Finanzminister, Herrn Dr. Linssen, im Landtag führen.

Das ist ein erster Schritt der verstärkten Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit von den Kommunen für die Kommunen in unserem Land, die sich alle in der Vergeblichkeitsfalle befinden und deren NKF-Bilanz in den kommenden Jahren in die Überschuldung zu kippen droht.

Weitere Schritte folgen – unter anderem unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände im Land und im Bund.

Damit wird deutlich, wir stehen in unserer schwierigen Lage nicht allein.

Im „Aktionsbündnis: Raus aus den Schulden!“ haben sich die Städte Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamm, Herne, Leverkusen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen, Solingen, Wesel, Witten und Wuppertal zusammengeschlossen.

Der zu Monatsbeginn veröffentlichte Gemeindefinanzbericht des Städtetages Nordrhein-Westfalen untermauert das Erfordernis eines Schulterschlusses der Kommunen.

Unter der durchaus provokant gemeinten Fragstellung:

„Haushaltsnotlage als Normalfall?“

wird nicht nur schonungslos die aktuelle Situation der Gemeindefinanzen beschrieben.

Zugleich werden Analyse und Forderungen der Memorandumsstädte aufgegriffen – es heißt dort:

„Die seit langem offenkundigen Fehlentwicklungen der Kommunalfinanzen in NRW finden in den vorgelegten Eröffnungsbilanzen einen neuen Beleg. Die darin zum Ausdruck kommende dramatische Wirtschaftslage hat sich allerdings über Jahre entwickelt und ist nicht durch die Einführung von NKF entstanden.“

Wie Bärbel Schütte in ihrer Haushaltsrede richtig feststellt, hat NKF diese Entwicklung transparenter gemacht als die bisherige Kameralistik.

Die Gründe für die Entwicklung liegen aber tiefer.

Der Verwaltungsvorstand ist sich deshalb darin einig, dass die Vergeblichkeitsfälle, in der wir uns wie die anderen Gemeinden auch befinden, weder Rat noch Verwaltung entpflichtet, eigene Anstrengungen zu unternehmen, den Fehlbedarf zu reduzieren.

Dazu gehört auch das von mir im April des vergangenen Jahres im Rat vorgestellte Personaloptimierungskonzept.

Es findet sich übrigens auf den Seiten 44 bis 55 meines damals allen Ratsmitgliedern überreichten Konzeptes zur Verwaltungsmodernisierung. Mit Blick auf die Anfrage einer Fraktion des Rates erlaube ich mir den Hinweis, dass es sich hier nicht um ein Geheimpapier handelt. Mitnichten. Es ist längst Gegenstand der politischen Debatte und des Verwaltungshandelns.

Ich werde es aber sehr gerne den Fraktionen erneut zur Verfügung stellen.

Sehr geehrte Ratsmitglieder,

der eigenen Kraftanstrengung zum Sparen werden wir uns stellen, so wie ich es im Oktober angekündigt habe und so wie Bärbel Schütte es ebenfalls ausgeführt hat.

Nur, meine Damen und Herren,

ich verrate Ihnen kein Geheimnis. Aus eigener Kraft werden wir es nicht schaffen können.

Alle noch so gut gemeinten Ratschläge, zum Beispiel die Zahl der Beschäftigten um 600-700 Personen zu reduzieren, würde nur zu einem kleinen Grad wirken können.

Die Lage ist ernst, deshalb müssen wir einander ernsthaft und besonnen gegenüber treten. Dazu zählt – für mich ausdrücklich nicht – der Wettbewerb um die Lufthöhe über den Stammtischen in unserer Stadt.

Ich wünsche mir mehr Sachlichkeit in dieser Diskussion.

Die Emotionalität wird kommen, dessen bin ich mir sicher, spätestens dann, wenn Bärbel Schütte und ich im Januar einen Vorschlag zur weiteren Haushaltskonsolidierung unterbreiten werden.

Dieser Prozess wird neben dem erforderlichen Beitrag der inneren Verwaltung uns allen – unserer Heimatstadt – Schweres abverlangen.

Ich verweise hier nur auf die derzeitige Diskussion in unserer Nachbarstadt Wuppertal. Ich habe die zurückliegenden Wochen dazu genutzt, mich über verschiedene Modelle zur Diskussion über Haushaltskonsolidierung zu informieren.

Für mich ist dabei von besonderem Interesse, wie die Bürgerinnen und Bürger in diesen schwierigen Prozess eingebunden werden können.

Es wird nur gelingen, wenn neben den selbstverständlichen Rechten des Rates die Debatte geordnet und strukturiert für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger geöffnet wird.

Wie so etwas gut gelingen kann, hat die kreisangehörige Gemeinde Quickborn in Schleswig-Holstein bewiesen.

Unter dem Motto „Packen wir's gemeinsam an“ werden die Bürgerinnen und Bürger in die Erarbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes eingebunden.

Das alles kann unter [www.quickborn.de](http://www.quickborn.de) nachgelesen werden.

Alles in allem ein sehr gelungenes Beispiel für eine ernsthafte, zielgerichtete und ehrliche Debatte zwischen Bürgerschaft, Rat und Verwaltung.

Dieser Schritt ist wichtig, weil wir die Unterstützung der Remscheiderinnen und Remscheider brauchen. Ohne sie sind wir zum Scheitern verurteilt.

Denn der größte Schatz ist das weitgehende ehrenamtliche Engagement der Menschen in unserer Stadt.

Wenn wir es – zum Wohle aller – fördern wollen, müssen wir auch bei den Strukturentscheidungen in unserer Stadt den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen.

Meine Damen und Herren,

sparen bedeutet heute nicht mehr – wie vielleicht vor 16 Jahren – den Verzicht auf das lieb gewonnene Extra.

Die 500 DM für die Fütterung von Enten im Stadtparkteich haben wir bereits in der Mitte der 1990er Jahre eingespart – jetzt geht es an die Substanz. Strukturentscheidungen bedeuten, endgültige Beschlüsse für oder gegen den Bestand von Einrichtungen und Programmen zu treffen.

Ein Beispiel ist die Schließung der Bürgerbüros in Lennep und in Süd und die Flächenreduzierung durch den Umzug des Standesamtes in das Rathaus. Das freigewordene Gebäude steht zum Verkauf.

Ein weiteres Beispiel dafür ist die Schließung des Schullandheimes Bernau, die im zurückliegenden Jahr durchgeführt wurde – verbunden mit dem Abbau von fünf Stellen.

Die Schließung des Schullandheimes war übrigens bereits in dem soeben angeführten Haushaltssicherungskonzept – Mitte der 90er Jahre – bereits vorgesehen, konnte aber durch die ehrenamtliche Initiative des Schullandheimvereins abgewendet werden – das hat zwölf Jahre funktioniert, bis auch das nicht mehr die Schließung verhindern konnte. Wir haben gemeinsam die Entscheidung zur Schließung getroffen und ich habe sie umgesetzt.

Wir werden diesen Weg weiter gehen müssen.

Niemand wird ernsthaft daran zweifeln.

Doch auch für mich ist klar, dass es ohne die Unterstützung durch das Land nicht zu einer dauerhaften Gesundung der städtischen Finanzen kommen wird.

Ich zitiere den Vorsitzenden der CDU Ruhr, den ehemaligen Staatsminister Oliver Wittke, der in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung mit Blick auf Äußerungen des Innenministers vor kurzem sagte:

„Bezirksregierungen finden kreative Lösungen, um armen Städten trotz ihrer Finanznot Investitionen zu ermöglichen, die der Innenminister aber anschließend verhindert.“

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich teile diese Kritik ausdrücklich. Ich habe bei verschiedenen Gelegenheiten darin erinnert, dass die Infrastrukturprogramme der Europäischen Union, des Bundes und des Landes in erster Linie auf strukturschwache Regionen gerichtet sind. Das sind die Regionen mit den größten finanziellen Problemen – das liegt auf der Hand. Strukturschwäche und Finanzschwäche bedingen einander.

Doch Ruhrgebiet und Bergisches Land werden systematisch von diesen Programmen ausgegrenzt, weil sie den erforderlichen Eigenanteil nicht mehr finanzieren dürfen.

Dabei stelle ich klar: Es mangelt ausdrücklich nicht am guten Willen oder der tatkräftigen Unterstützung in den Fachministerien und den Bezirksregierung.

Das wahrlich nicht. Ganz im Gegenteil.

Hier finde ich immer wieder gute Unterstützung und wertvolle Beratung für die Belange unserer Stadt. Die starre – man könnte auch sagen – sture Haltung im Innenministerium verhindert kreative Lösungen und macht kommunale Wirtschaftsförderung immer schwieriger – in manchen Bereichen unmöglich!

Dagegen sich zur Wehr zu setzen, ist meiner Meinung nach heute erste Bürgerpflicht – oder mit Blick auf den kommenden Donnerstag – erste Oberbürgermeisterinnenpflicht!

Wir dürfen uns nicht in unser Schicksal fügen. Ansonsten würde aus der Vergeblichkeitsfalle der Kommunen eine Zukunftsfalle für die Bürgerinnen und Bürger und ihre Städte.

Sehr geehrte Damen und Herren,

soweit meine Ausführungen aus aktuellem Anlass. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

\*\*\*